Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

263 (9.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 263 — **Mittwoch den 9. November 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler sprach vor der ausländischen Presse über die Ziele der deutschen Politik und gab in einer Unterredung seine Ansicht zum Wahlergebnis bekannt.

*

Der deutsche Arbeitsmarkt weist zu Anfang November eine deutliche Entlastung auf.

*

Im Saargebiet hat die Regierungskommission die Auflösung der SS. und SA. beschlossen.

*

Der Berliner Verkehrsstreik ist zusammengebrochen, weitere 1500 Angestellte und Arbeiter wurden entlassen.

*

Die amerikanische Präsidentenwahl ist unter starker Beteiligung ruhig verlaufen. Schon nach den ersten Meldungen gilt Roosevelts Sieg als sicher.

*

Die amerikanischen Präsidentenwahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Im amerikanischen Staat Neumexico wurde wegen eines Zwischenfalls der Kriegszustand erklärt. Abschließende Ergebnisse sind erst für Mittwoch zu erwarten.

*

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, ist in London eingetroffen und hatte mit Außenminister Simon eine Besprechung, die sich auf die Vorbereitungen zur Völkerbundsratssitzung erstreckte.

Nach der Wahl

196 Abgeordnete der NSDAP. — 583 Abgeordnete

Berlin, 8. Nov. Der Kreiswahlleiterd es Wahlkreises Nr. 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882. Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, **daß der NSDAP. ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt.** Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfaßt damit insgesamt **583 Abgeordnete.**

*

Kommunisten für Einberufung des Reichstages

Berlin, 8. Nov. Die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion hat die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Sie wird unter anderem einbringen ein **Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett** und einen Antrag, die im Verlaufe des Verkehrsarbeiterstreiks Inhaftierten freizulassen und alle durch die ordentlichen oder Sondergerichte gefällten Urteile aufzuheben. Der genaue Wortlaut der Anträge wird im Verlaufe des morgigen Tages veröffentlicht.

*

Am 10. November Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

T.U. **Berlin**, 8. Nov. Der sozialdemokratische Parteiausschuß ist auf Donnerstag, den 10. November nach Berlin einberufen worden, um sich mit dem Ergebnis des Wahlkampfes und der für die nächste Zukunft einzuschlagenden Taktik zu befassen.

Verbot der SS.- und SA.-Organisationen im Saargebiet

Saarbrücken, 8. Nov. Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, **sämtliche militärähnlichen Organisationen der NSDAP., insbesondere die Sturmabteilungen (SA.) und die Schutzstaffeln (SS.)** sowie sonstige Einrichtungen einschließlich der SA.-Beobachter, SA.-Reserven, Motorstürme, des Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kasernen und der Zeugmeisterei mit sofortiger Wirkung **aufzulösen.**

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt: In der Nacht zum 2. November wurde in der Stadt Saarbrücken ein Flugblatt verbreitet das einen Wahlaufruf für die Nationalsozialisten enthielt, zugleich auch die Bevölkerung gegen die Polizeiorgane aufzuwiegeln suchte. Das Flugblatt entsprach auch nicht den Vorschriften des Pressegesetzes. Um den Verfasser zu ermitteln, fand am 3. November in Ausführung eines Beschlusses der Regierungskommission des Saargebietes in den Geschäftsräumen der NSDAP. eine Durchsuchung statt. Bei der Durchsuchung wurden unwiderlegliche Beweise dafür gefunden, daß gewisse Organisationen der NSDAP im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die in flagrantem Widerspruch zu den Bestimungen der Verordnung vom 12. September 1928 stehen

Roosevelt gewählt

T.U. Nach den bis 3 Uhr M.E.Z. vorliegenden Ergebnissen wird Gouverneur Franklin Roosevelt, der Kandidat der Demokraten allgemein als gewählt betrachtet. Die Ergebnisse aus der Mehrzahl der Staaten zeigen eine überwältigende Mehrheit für Roosevelt.

Roosevelt ist in allen Staaten, außer in Vermont, überlegen, fraglich bleibt noch Pennsylvania. Franklin Roosevelt ist der 32. Präsident der Vereinigten Staaten.

Das Ziel der Regierungspolitik

Der Reichskanzler vor ausländischen Pressevertretern

Der Reichskanzler vor ausländischen Pressevertretern

Berlin, 8. Nov. Auf dem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichskanzler von Papen eine Rede, in der er zunächst seinen **Gesamteindruck der Reichstagswahl** schilderte. Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen, betonte der Kanzler. Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer **wirklichen nationalen Konzentration** kommt; möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch beseelt, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen. Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung werden unverändert verfolgt werden.

Kein Volk ist mehr in der Gefahr, mißverstanden zu werden als das deutsche. Man muß uns mißverstehen, wenn man die Verhältnisse anderer Völker auf uns übertragen will; denn unsere Geschichte ist eine andere als die Ihrige. Deutschland ist von jeher das **Schlachtfeld der Ideen** gewesen. Deutschland bildet das Kampffeld zwischen dem Rationalismus des Westens und dem Irrationalismus des Ostens. Politischer Kampf ist bei uns zugleich ein Kampf der Weltanschauung. Schöpferisch kann deshalb in Deutschland heute mehr denn je nur eine Politik sein, die aus dem Glauben kommt. Diesem tiefsten Grunde entstammt allerdings auch größtenteils die das Ausland oft befremdende Schärfe unserer politischen Gegner. Unsere Lage als Mittelstand Europas und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerschöpflichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern beschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso zwingend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Vornehmlich in politischer Beziehung ist es unsere Mittellage voller Gefahren. Unsere heutige politische Lage ist nur verständlich aus jener unablässigen Verflechtung von Innen- und Außenpolitik in den letzten 20 Jahren. Mancher, der heute im Auslande die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Besorgnis verfolgt, wird sich gestehen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten habe, die man seit 1918, von außen her gegen uns gewandt hat. Die lange Reihe der Interventionen der Siegermächte, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen **Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage.**

Aus diesem gewichtigen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine **Gestalt für seine Staatsführung** zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht. Die erste Vorbedingung hierzu ist die **Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regierungsgewalt.** Eine solche autoritäre Staatsführung steht nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz der Demokratie, der wie in vielen Staaten der Welt auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. Die Augen der Welt sind heute auf die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, wo ein großes Volk seine Staatsführung für die nächsten vier Jahre in die Hände eines Mannes legt. Ist es denn undemokratisch, frage ich, dem Lande einen verantwortlichen Staatschef zu wählen? Dann kann es nicht weniger demokratisch sein, als die anonymen Mächte der Parteibürokraten, die sich zwischen Regierung und Volk geschoben haben, auszuschalten. In unserem deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt. Damit ist der ruhende Pol geschaffen, von dem aus auch die verschiedenartigsten Bewegungen unseres politischen Lebens gemeistert werden können. Den Entscheidungen die von ihr ausgehen werden, können wir mit Vertrauen und Zuversicht entgegensehen.

Auswärtige Politik

Der Kanzler betonte, daß die Herstellung einer **starken deutschen Staatsgewalt** nicht nur eine **Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern das zentrale Problem Europas sei,** und unterstrich nochmals mit Nachdruck daß nicht eher Ruhe und Frieden in Europa herrschen werden, bis man dem deutschen Volke die lebensnotwendigen Vorabsetzungen zugestanden hat, die ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten. Deutschlands auswärtige Politik seit dem Kriege ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementare Bedingungen durchzusetzen.

Deutschland kann nicht heute, 14 Jahre nach der Beendigung des Krieges noch immer in der Rolle des Besiegten festgehalten werden. Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohltat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Ich stelle hier nichts Neues fest, wenn ich ausspreche: Der Vertrag von Versailles hat keinen wahren Frieden gebracht. Er hat es offenbar selbst nicht gewollt, denn er trägt nicht einmal den Namen eines Friedensvertrages. Und in seiner Einleitung fehlt die sonst übliche Verheißung, daß von nun an Friede und Freundschaft zwischen den bisher Kriegführenden herrschen solle. Er ist ursprünglich nur als Präliminarvertrag gedacht gewesen, und er enthält eine Revisionsklausel, die für alle seine Bestimmungen gilt. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen, sondern der europäischen Politik sein, **die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen. Darin sollten andere Völker uns helfen und unseren Bestrebungen Verständnis entgegenbringen, denn weder durch List noch durch Drohungen werden wir uns für alle Zukunft an Lösungen binden lassen, die uns mit Gewalt aufgezwungen werden. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Lausanne fortgesetzt, und wir werden ihn weitergehen, um jenen großen Grundsätzen, auf die vertrauend wir 1918 die Waffen niederlegten, die Herrschaft über Europa zu verschaffen.**

Wirtschaftspolitik

Die **Weltwirtschaftskrise** hat den katastrophalen Charakter nur annehmen können, weil die internationale Verschuldung und die Hemmnisse des Warenverkehrs sich gegenseitig in ihren krisenhaften Wirkungen steigerten. Die Konferenz von Lausanne hat ohne Zweifel einen Ausschnitt aus diesem Problemkreis auf festen Boden gestellt und dadurch beruhigend und reinigend gewirkt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der heute noch zu lösende Rest der internationalen Probleme vielleicht größer ist als der Anteil, der in Lausanne eine Bereinigung erfahren hat. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Aufgabe und Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz nicht hoch und entscheidend genug für eine weitere Erholung der Wirtschaftslage der Welt eingeschätzt werden. Dieser Verantwortung müssen sich die führenden Staatsmänner bewußt sein. Ich zweifle nicht, daß hierdurch der Wirtschaft ein neuer Antrieb gegeben werden würde, aber die letzten Gründe für die Wirtschaft, für ihr Auf und Ab, ihr Gedeihen oder Schrumpfen liegen schließlich nicht im wirtschaftlichen, sondern im politischen. **Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedeihen sicheren Grundlagen erhalten, wenn nicht jene Konzeption einer einigen und friedlichen Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden. Unser Anspruch auf die allgemeine Abrüstung gibt uns die unerschütterliche Grundlage für unser Handeln. Von dieser Grundlage aus werden wir alle Pläne beurteilen, die uns vorgelegt werden.**

Der französische Sicherheitsplan und die Abrüstung

Meine Herren, Sie würden enttäuscht sein, wenn ich mich nicht zu dem **neuen französischen Plan für Sicherheit und Abrüstung** äußerte. Aber ich kann dazu heute nur wenig sagen. Der französische Plan setzt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt durchaus diskutabel. Wir haben zur Zeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst **gleichwertige Wehrverfassung und gleichwertige Bewaffnung** die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt.

Es ist unbestreitbar, daß, wenn es gelingt, **allen Heeren den Charakter reiner Defensivmittel** zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedung der Welt vorwärtsgekommen sein werden. **Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung,** deren Potential der Länge und Verwundbarkeit der Grenzen, wie der Macht der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch **gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.**

Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher, allgemeiner Abrüstung. **Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt, und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. Aber, wir werden nicht an einer Abrüstungskonvention mitarbeiten, solange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfange für uns selbst Geltung haben soll.**

In Lausanne haben sich die Staatsmänner die den Vertrag über das Ende der Reparationen abschlossen, verpflichtet, auch die übrigen zwischen den Völkern schwebenden Fragen im Geiste dieses Vertrages zu behandeln. **Deutschland erwartet, daß sie diesem Versatz treu bleiben werden.** Und an Sie, als die Vertreter der öffentlichen Meinung Ihrer Völker richte ich die Bitte, an dem großen Werk der Versöhnung der Völker auf den Grundlagen der ewigen Gesetze der Gerechtigkeit zum Besten der Welt mitzuarbeiten!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Kurs unverändert

Ein Interview des Reichskanzlers

Berlin, 8. Nov. In einem Interview mit dem Chefredakteur der Transozean-Nachrichtendienste gab der Reichskanzler von Papen seiner unverminderten Zuversicht hinsichtlich der durch den Wahlausfall geschaffenen Lage Ausdruck, indem er erklärte:

„Abgesehen von gewissen parteipolitischen Kräfteverschiebungen, die mehr oder weniger den Erwartungen entsprechen, ist **die Lage nur wenig verändert. Ich betrachte die Verschiebungen nicht als ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern, den die Regierung unbeirrbar gesteuert hat, seit ich das Amt übernahm.** Das Kabinett wird, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, vor allem am **Grundsatz der Ueberparteilichkeit festhalten** und sich weiter vorwiegend der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Achtung vor dem Gesetz widmen. Auf dem Gebiete der Außenpolitik wird es seine Aufgabe in der Verwirklichung der wohlbegründeten Ansprüche Deutschlands auf Gleichberechtigung sowie in der Forderung des Friedens und der Abrüstung sehen. Ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß sich im neuen Reichstag eine genügende Anzahl von Männern finden möge, die von dem gleichen Wunsche beseelt und bereit sind, an diesen Aufgaben wirksam und einmütig mitzuarbeiten."

Auf die Frage, wie sich nach seiner Ansicht die parlamentarische Lage weiter entwickeln werde, erklärte der Herr Reichskanzler:

„Das wichtigste Ergebnis der Wahl besteht darin, daß **die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich ist** ohne Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei. Ziffernmäßig ist natürlich eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten vorhanden. Aber eine Koalition zwischen diesen beiden extremen Gruppen erscheint doch undenkbar. Es kann vielleicht gelegentlich bei bestimmten Fragen zu einem Bündnis zwischen den beiden Fraktionen kommen, das jedoch stets nur negativer, nie positiver Natur sein würde. **Vielleicht aber dürfte es doch möglich sein, eine Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinen können.** Diese Hoffnung stützt sich auf diese Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei der Wahl gut abgeschnitten haben. Ich kann in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich in meiner letzten Rundfunkrede sagte, nämlich daß **die Regierung gerne bereit ist, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens ist, loyal mit uns an der Lösung der nationalen Fragen mitzuarbeiten."**

Scharfe Angriffe der N.S.K. gegen Papen

T.U. **München,** 8. Nov. Die „N.S.K." nimmt zu dem Verhandlungsangebot Stellung, das die Regierung von Papen allen denen gemacht habe, die „bereit sind, mit ihr zu arbeiten", und schreibt: Dieses Angebot gleiche der Aufforderung von Parlamentären, die mit der weißen Fahne kommen, um den erfolgreichen Gegner einzuladen, sich der Führung des geschlagenen Feldherrn zu unterstellen. Mit geschlagenen Feldherren verhandele man nicht, sondern bleibe ihnen auf den Fersen, bis sie kapitulierten. Dieser eigentlich selbstverständlichen und einzig möglichen Folgerung aus der politischen Lage nach dem 6. November habe Hitler bereits klar und unmißverständlich Ausdruck gegeben. Die Regierung von Papen sei der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber überhaupt nicht mehr verhandlungsfähig. Das einzige, was man von ihr noch erwarte, sei, zu verschwinden.

Der Artikel befaßt sich dann mit den Ergebnissen der Politik von Papen und stellt fest, niemals sei der Zusammenbruch eines angeblich neuartigen politischen Systems schneller erfolgt als hier. 90 v. H. des Volkes stünden im Kampf gegen diese Regierung, der jede Daseinsberechtigung fehle und die in Allem und Jedem Schiffbruch erlitten habe, und nun fordere Herr von Papen die Nationalsozialisten mit offenen Armen auf, in seine Pleite einzutreten und seine „sachliche Arbeit" mit fortzuführen. Bedürfe es da noch einer Erklärung über die Haltung, die die Nationalsozialistische Bewegung dieser Regierung und ihren „Angeboten" gegenüber einnehme?

Dr. Stoffregen wieder in sein Amt eingesetzt

T.U. **Eutin** (Oldenb.), 8. Nov. Bei der Dienstagverhandlung wegen der Amtsenthebung des Bürgermeisters von Eutin, Dr. Stoffregen, durch den Regierungspräsidenten Böhmcken im Regierungsgebäude in Eutin, an der auch der oldenburgische Staatsminister Pauly teilnahm, wurde nach mehrstündiger Verhandlungsdauer die Verfügung gegen Dr. Stoffregen aufgehoben und Dr. Stoffregen wieder in sein Bürgermeisteramt eingesetzt.

Die amerikanische Präsidentenwahl

Washington, 8. Nov. Nachdem die Republikaner einen zweieinhalbstündigen und die Demokraten einen halbstündigen Rundfunkappell an ihre Wähler gerichtet haben, herrscht in der Presse **über das Wahlergebnis eine gewisse Unsicherheit,** obwohl bisher immer der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden war, daß Roosevelt aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgehen würde. Uebereinstimmend ist man der Ansicht, daß Hoover verlieren muß, wenn er nicht die 47 Wahlstimmen Neuyorks erhält. Da zwischen Neuyork und Kalifornien ein Zeitunterschied von drei Stunden besteht, kann der Wahlausgang bereits entschieden sein, bevor die kalifornischen Wahllokale überhaupt geschlossen worden sind.

In der Bundeshauptstadt, die als einzige Ort in Amerika sich nicht an den Wahlen beteiligen darf, herrschte absolute Ruhe. Alle Minister haben die Stadt verlassen, und die meisten Politiker weilen in den Hauptquartieren ihrer Partei.

Neuyork, 8. Nov. Die ersten Meldungen, die von der Präsidentenwahl einlaufen, weisen auf eine außerordentlich starke Wahlbeteiligung hin. Namentlich in den Oststaaten scheint die Wählerschaft beinahe vollzählig zur Wahlurne gegangen zu sein. Das **erste Wahlergebnis** traf aus Newashford in Massachusetts ein, wo Hoover 24, Roosevelt 8 Stimmen erhielt. In den 21 Wahlbezirken von Houston bekam Hoover 154 Stimmen, Roosevelt 855 Stimmen.

Zwischenfall bei der Reise Hoovers nach Kalifornien

San Franzisko, 8. Nov. Der Sonderzug, der Präsident Hoover nach Palo Alto brachte, mußte infolge eines geheimnisvollen Zwischenfalles bei Winnemucca (Nevada) anhalten, da ein Brückenwächter die Signale auf Halt gestellt hatte. Als man ihn fragte, aus welchem Grunde er dies getan habe, entblößte er seinen Oberkörper, der mehrere Messerstiche aufwies. Als man die Umgebung absuchte, fand man ein Dynamitpaket dicht bei der Brücke und ein zweites Paket in einem Busch. Nach 20 Minuten Aufenthalt fuhr der Zug weiter. Da die Brücke selbst keinerlei Beschädigungen aufwies, tappt man noch völlig im Dunkeln.

Die amerikanischen Wahlen. — Beteiligung etwa 40 v. H. Amtliches Endergebnis erst am Mittwoch.

T.U. **New-York,** 8. Nov. Die amerikanischen Wahlen sind bisher bis auf kleinere Schlägereien in New-York und Chicago ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war für amerikanische Verhältnisse außerordentlich hoch, schätzungsweise etwa 40 v. H. Der übliche Wahltamtam fehlte diesmal vollständig. In den Großstädten sind bei den Wahlkommissaren bereits zahlreiche Proteste wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten, insbesondere wegen Wahlbeeinflussung, Vernichtung von Wahllisten und Wahlmaschinensabotage eingelaufen.

Im Geburtsort des Prohibitionsgedankens, Westerville (Ohio), werden öffentliche Gebete für einen Sieg der Prohibition abgehalten. Die meisten Minister wählten in ihren Heimatorten. Frau Roosevelt hielt trotz des Wahltages ihren üblichen Wahlunterricht ab. Roosevelts Mutter würde übrigens die erste amerikanische Mutter sein, die ihren Sohn bei Lebzeiten im Weißen Hause sieht.

Infolge der verschiedenen Bestimmungen der Wahlgesetze in den einzelnen Staaten wird das amtliche Endergebnis erst am Mittwoch feststehen, weil das Wahlgesetz von Kentucky verbietet, die Wahlurnen vor Mittwoch 10 Uhr Ortszeit zu öffnen.

Botschafter Sackett durfte nicht wählen. — Die ersten New-Yorker Ergebnisse.

T.U. **New-York,** 8. Nov. In Louisville (Kentucky) verweigerte der Wahlvorstand dem amerikanischen Botschafter in Deutschland, Sackett, die Ausübung des Wahlaktes, weil er nicht vorschriftsmäßig in die Listen eingetragen war.

In New-York-Stadt erhielten bisher Roosevelt 189, Hoover 73 und Thomas 25 Stimmen. Es stehen noch neun Zehntel der Ergebnisse aus

Kriegszustand im amerikanischen Staat Neumexiko. — Erste Wahlergebnisse.

T.U. **New-York,** 8. Nov. Wie aus Santa Fe (Neumexico) gemeldet wird, erklärte der Gouverneur in mehreren Bezirken des Staates den Kriegszustand, da es anläßlich der Wahlen zu einer großen Messerstecherei gekommen war, wobei eine Person getötet wurde. Die Wahllokale in Neumexico werden von Truppen bewacht.

Bisher liegen nur keineswegs maßgebende erste Ergebnisse aus verschiedenen Kleinstädten vor. In zahlreichen republikanischen Zentren ergibt sich danach ungefähr Stimmengleichheit.

Der Arbeitsmarkt

Im Reich: 5 109 000 Arbeitslose

Berlin, 8. Nov. Wie es im Bericht der Reichsanstalt vom 16. bis einschließlich 31. Oktober 1932 heißt, ergeben die Meldungen der Arbeitsämter für Ende Oktober 1932 eine Gesamtzahl von rund 5 109 000 Arbeitslosen. Damit ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte des Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitslosenzahl von 5 103 000 ergibt sich nur eine ganz geringfügige Zunahme. Im Vorjahre war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Stichtagen von Ende September und Ende Oktober im ganzen um rund 269 000 gestiegen. Im **Freiwilligen Arbeitsdienst** waren Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, also noch um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. In der **Arbeitslosenversicherung** wurden rund 582 000, in der **Krisenfürsorge** rund 1 139 000 Arbeitslose betreut. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um rund 36 000 zurückgegangen. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund **2 141 000 Wohlfahrtserwerbslose** unterstützt, die von den Arbeitsämtern am Stichtage anerkannt waren, das heißt rund 49 000 mehr als bei der letzten, Ende September durchgeführten Zählung.

In Baden und Württemberg: 260 000 Arbeitsuchende

In der zweiten Hälfte des Oktobers hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden in Südwestdeutschland nach dem Halbmonatsbericht des Landesarbeitsamts Südwest nur in denjenigen Berufsgruppen in geringem Maße vermehrt, in denen ein saisonmäßiges Sinken des Beschäftigungsgrades um die jetzige Jahreszeit unausbleiblich ist. Der Zunahme um rund 1300 verfügbare Kräfte in Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe und Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe steht aber eine Abnahme um rund 4600 Arbeitsuchende in den übrigen Berufsgruppen gegenüber, so daß sich im ganzen in der zweiten Oktoberhälfte dieses Jahres **eine Entlastung des Arbeitsmarktes um 3300 Personen ergibt,** während in den vier Jahren 1928 bis 1931 in der zweiten Oktoberhälfte immer eine Zunahme um 400 bis 5000 Personen eingetreten ist. Es ist unverkennbar, daß nicht nur ein Stillstand der depressiven Momente eingetreten ist, sondern daß sich auch die Anfänge einer Besserung gezeigt haben. Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug am 31. Oktober 278 812 Personen; **112 851 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern** und **165 961 auf Baden.** Von den Arbeitsuchenden waren 259 874 als arbeitslos anzusehen und zwar 102 315 in Württemberg und 157 559 in Baden. In der Arbeitslosenunterstützung standen 33 877 Personen, in der Krisenfürsorge 65 414 Personen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3340 oder um 3,2 v. H. gefallen; davon kamen auf Württemberg 43 001, auf Baden 56 290.

Das Ende des Berliner Verkehrsstreiks

Berlin, 8. Nov. Der Berliner Verkehrsstreik ist zu Ende. Die „zentrale Streikleitung" beschloß, den schon vorher praktisch fast ganz zusammengebrochenen Streik abzubrechen. Diese Streikleitung besteht nur noch aus Kommunisten, da die Nationalsozialisten sich von ihr getrennt haben und vorerst noch den Streik weiter aufrecht erhalten wollen. Am Dienstag früh ist der Verkehr im großen ganzen regelmäßig wieder aufgenommen worden. Auf dem Hoch- und Untergrundbahnnetz kann die Wiederaufnahme des Verkehrs nur mit einiger Vorsicht geschehen, da alle Strecken sorgfältig untersucht werden müssen, ob sie nicht beschädigt sind. Mit zunehmender Dunkelheit ergab sich am Montag abend wieder eine Reihe von Ueberfällen auf Verkehrsmittel. Verschiedentlich wurden die Fensterscheiben von Straßenbahnwagen zerstört. Nationalsozialisten stürmten in Reinickendorf einen Straßenbahnzug und mißhandelten den Straßenbahnschaffner so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In diesem Falle konnte einer der Täter festgenommen werden. Der gestern aufgenommene leichte Teilverkehr wurde in den Abendstunden mit Rücksicht auf verschiedentlich vorgekommene Störungsversuche wieder eingestellt.

Die städtischen Müllkutscher werden ihren zweitägigen Sympathiestreik für die Verkehrsarbeiter abbrechen und ihre Arbeit heute ebenfalls wieder aufnehmen.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[11

„Ich habe noch nichts gefunden — und ich werde auch nichts finden."

„So, Sie werden nichts finden?" Die Stimme des Rechtsanwalts klang ganz geschäftsmäßig. „Da bin ich anderer Meinung. Ich kam, um Sie zu fragen, ob Sie in meinem Büro die Stellung einer Sekretärin annehmen möchten, für eine junge Dame, der wir kündigen wollen, da sie doch in absehbarer Zeit ausscheidet, weil sie sich verheiraten wird."

„In Ihrem Büro?"

Ediths Augen sahen mit einem ungläubigen Ausdruck auf Weltner. „Aber ich habe doch noch nie eine Stellung gehabt, und zumal in einem Anwaltsbüro — das werde ich ja nicht leisten können."

Rechtsanwalt Weltner lächelte.

„Ob Sie uns etwas leisten können, das zu beurteilen müssen Sie schon uns überlassen. Ihre Probe heute hat meinem Kollegen, wie er sagt, direkt imponiert. Es ist ja nicht klug von mir, Ihnen das zu sagen, denn dann können Sie ja Ihre Gehaltsansprüche gleich hinaufschrauben."

Edith wurde glühend rot, und Weltner fuhr schnell fort:

„Das ist natürlich nur ein Scherz. Ich bin sicher, daß Sie für den Anfang keine höheren Forderungen stellen würden, als wir bis jetzt zu zahlen gewohnt sind. Das Gehalt ist nicht üppig, aber fürs erste kann man damit schon auskommen. Das müssen Sie mit dem Büroworsteher ausmachen."

Edith sah mit bangen Blicken in das gütige, vornehme Männergesicht:

„Herr Rechtsanwalt, das alles kommt so überraschend, so wie ein unausdenkbarer Glücksfall —"

„Na, ob es so ein unausdenkbarer Glücksfall ist, in einem Anwaltsbüro täglich acht Stunden zu arbeiten, das weiß ich nicht", warf Weltner trocken ein.

Da blickte ihn die junge Frau mit einem Blick tiefsten Dankes an:

„Sie wissen das nicht", klang ihre Stimme bebend, „weil Sie diese fürchterliche Not, in der ich mich befinde, nicht kennen. Es gibt Situationen, wo die schlimmste Arbeit schon Glück bedeutet, geschweige denn die Arbeit in einem Büro wie dem Ihren. Ich würde ja so gern, so gern Ihren hochherzigen Vorschlag annehmen, wenn ich nicht immer noch die geheime Furcht hätte, daß Sie es nur tun, um mir zu helfen."

„Aber ich denke ja gar nicht daran, gnädige Frau. Sie haben sich heute als eine vorzügliche Kraft gezeigt, und wir brauchen jemanden an Stelle dieses Fräulein Müller, das kein Interesse mehr für den Betrieb hat. Wir zahlen Ihnen keinen Pfennig mehr, als wir dieser Dame zahlten — für den Anfang wenigstens. Je nach Ihren Leistungen werden wir Sie aufrücken lassen. Wo steckt da irgendeine Wohltat? Das ist ein ganz glattes Geschäft, das wir Ihnen vorschlagen. Und ich brauche nur noch Ihre Einwilligung, damit Sie morgen mit dem Büroworsteher den Anstellungsvertrag machen können. Willigen Sie ein?"

Ein glückliches Leuchten lag in Ediths schönen Augen.

„Ob ich einwillige? Von ganzem Herzen, Herr Rechtsanwalt. Es ist die Rettung in letzter Stunde."

Sie reichte ihm impulsiv die Hand und zog sie dann erschrocken zurück.

„Verzeihen Sie", sagte sie leise, „wir stehen uns ja nun ganz anders gegenüber — Sie sind ja nun mein Chef."

Aber Weltner nahm die kleine scheue Hand mit einem festen, herzlichen Druck.

„Ihr Chef bin ich erst, wenn Sie unterschrieben haben, gnädige Frau. Heute bin ich nur ein Mensch, der sich freut, daß Sie wieder ein fröhliches Gesicht machen. Aber nun werde ich Sie allein lassen, damit Sie in Ruhe Ihre Sachen packen können. Ich fahre schnell heim und schicke Ihnen dann meinen Wagen; er wird Sie zu einem kleinen ordentlichen Hospiz fahren, bis Sie ein nettes Zimmer nach Ihrem Geschmack gefunden haben. Und morgen früh kommen Sie dann zu meinem Büroworsteher, um das Nötige mit ihm zu besprechen. Er kann Ihnen einen Teil des Gehalts im voraus bezahlen, damit Sie" — hier lächelte er gütig — „Betriebskapital haben. So, und nun auf gute gemeinsame Arbeit, Frau Bernheim."

Er gab ihr noch einmal mit festem Druck die Hand und ging schnell hinaus, um sich ihren Dankesworten zu entziehen.

* * *

Mit einem Blick, der noch das ganze Nichtbegreifen widerspiegelte, sah Edith dem Davonschreitenden vom Fenster aus, hinter dem Vorhang verborgen, nach. Dort ging er elastisch über die Straße und stieg in den wartenden Wagen.

Eine heiße, schmerzliche Zärtlichkeit zu dem Manne, der sich ihr wieder als ein gütiger Helfer erwiesen, brandete in dem einsamen Frauenherzen auf. Und in das süße Gefühl der Geborgenheit mischte sich heiße Angst.

Wie sollte sie ihm täglich begegnen, täglich mit ihm zusammensein, ohne ihr schmerzlich süßes Geheimnis zu verraten?

Sie liebte ihn, sie liebte ihn ja mit allen Fasern ihres Seins. Erst seit sie ihn kannte, wußte sie, was die Liebe bedeutete.

Gib mir Kraft, Gott!, dachte sie und preßte die Hände aufs Herz, wie um den zwiespältigen Aufruhr ihrer Empfindungen zu beschwichtigen. Gib mir Kraft, Gott, daß ich nichts anderes in ihm sehen lerne als den gütigen Menschen, der mir Arbeit und Brot gibt. Alles andere muß tot sein, alles andere darf er niemals ahnen. Er nicht und kein Mensch auf der Welt.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg